

Ergebnisbericht zur Befragung  
**„Wie denken deutsche Kommunalpolitiker über die Demokratie?“**

01.10.2025

Teil des von der Deutschen Forschungsgesellschaft geförderten Projektes:  
**“Conceptions of Democracy among Political Elites and Citizens”**

Prof. Dr. Claudia Landwehr

Leonard Häfner, M.A.

Lea Stallbaum, M.A.

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Institut für Politikwissenschaft

Jakob-Welder-Weg 12, 55099 Mainz

demokratie-projekt@uni-mainz.de

## **Einleitung**

Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse einer Befragung zusammen, die Teil des von der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) geförderten Projektes „Demokratiekonzeptionen von politischen Eliten und Bürgerinnen und Bürgern“ ist. Das Projekt hatte zunächst das Ziel, Einstellungen zu und Vorstellungen von der Demokratie in Deutschland und den Vereinigten Staaten zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen Seite und den Landtags- und Bundestagsabgeordneten auf der anderen Seite zu vergleichen. In dieser Befragung wurden nun darüber hinaus auch die Einstellungen von deutschen Kommunalpolitikern erhoben.

## **Methodisches Vorgehen und Repräsentativität der Stichprobe**

Die Grundgesamtheit der Befragung bildeten alle Kreistagsmitglieder aus den 294 deutschen Landkreisen sowie die Stadtratsmitglieder aus 102 kreisfreien Städten. Nicht berücksichtigt wurden die Kommunalpolitiker in den vier Städten der drei Stadtstaaten, da die Überschneidungen mit der Landesebene zu groß sind. Nach unseren Recherchen gab es zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung 23.093 Mitglieder in diesen 396 kommunalen Parlamenten. Aus diesen wurden 53 Kreistage bzw. Stadträte mit insgesamt 2.997 Mitgliedern gezogen, wobei auf eine Ausgewogenheit der Bundesländer sowie der Siedlungsstruktur der Gebietskörperschaften geachtet wurde. Im Mai 2025 wurden die Einladungen zur Befragung an die Kreistags- bzw. Stadtratsverwaltungen versendet und von diesen bis Ende Juni an ihre Mitglieder verteilt. Lediglich zwei Kreise verweigerten die Teilnahme. Die anderen Kreise und Städte erhielten im Juli Erinnerungs-Postkarten für die Mitglieder ihrer Parlamente, die noch nicht teilgenommen hatten. Um noch möglichst viele Kommunalpolitiker über den Sommer mit der Teilnahmeerinnerung zu erreichen, blieb die Befragung noch knapp zwei Monate geöffnet und wurde am 12. September 2025, kurz vor der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen, geschlossen.

Insgesamt sind 751 Kommunalpolitiker unserem Aufruf zur Teilnahme an der Umfrage gefolgt. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 25,1%. Zehn Teilnehmer brachen die Befragung bereits während der einleitenden Fragen ab. Dies führt zu einer finalen Stichprobe von 741 Kommunalpolitikern aus allen 13 Flächenländern. Diese Stichprobe ist im Hinblick auf einige Merkmale sehr repräsentativ. Frauen haben nur geringfügig häufiger an der Befragung teilgenommen als Männer, weshalb auch ihr Anteil im tatsächlich erhobenen Sample (30,9%) sehr nah an dem in der gezogenen Stichprobe (29,8%) liegt. Ostdeutsche Kommunalpolitiker haben geringfügig seltener an der Befragung teilgenommen als Westdeutsche, weshalb ihr Anteil in der erhobenen Stichprobe mit 17,2% etwas niedriger liegt als in der gezogenen Stichprobe sowie in der Grundgesamtheit (jeweils 18,4%). Mit Blick auf die Siedlungsstruktur sind Kommunalpolitiker aus Landkreisen, insbesondere aus ländlichen Kreisen, etwas überrepräsentiert,

während Politiker aus kreisfreien Städten, v.a. aus Mittelstädten etwas unterrepräsentiert sind. Die Abweichungen sind aber jeweils nur bei knapp zwei Prozentpunkten.

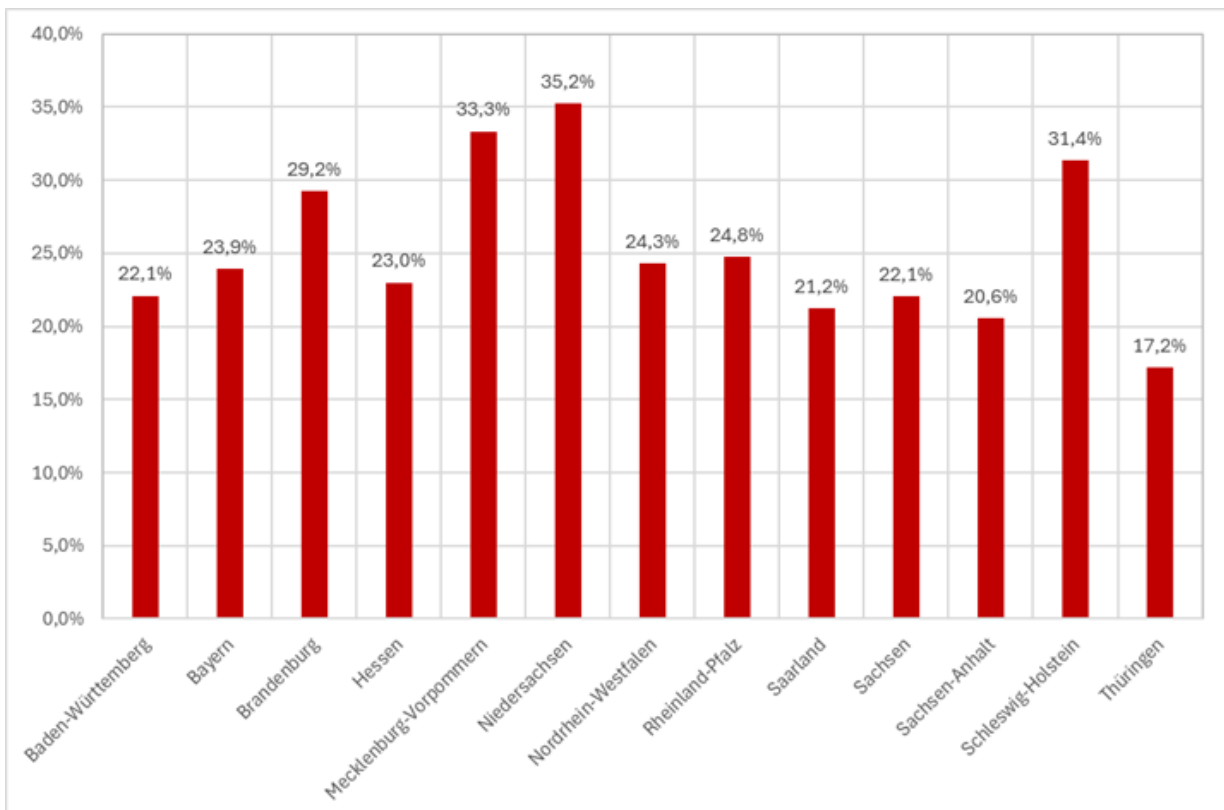
Tabelle 1 vergleicht die Parteizugehörigkeit aller deutschen Kommunalpolitiker zum Zeitpunkt der Befragung (nach eigener Recherche) mit den angegebenen Parteien oder Fraktionen der Teilnehmer an unserer Befragung. Hier zeigen sich etwas deutlichere Unterschiede. Einen proportionalen Anteil an der Stichprobe haben vor allem die Politiker der Union, der SPD sowie der FDP. Die Grünen sind deutlich überrepräsentiert, während AfD und Linke etwas unterrepräsentiert sind.

Tabelle 1: Repräsentativität nach Parteizugehörigkeit.

Partei	Grundgesamtheit		Stichprobe	
Union	7.147	30,9%	223	30,2%
SPD	4.248	18,4%	135	18,3%
Grüne	3.201	13,9%	133	18,0%
AfD	2.511	10,9%	67	9,1%
FW	1.154	5,0%	55	7,4%
FDP	1.049	4,5%	35	4,7%
Linke	783	3,4%	16	2,2%
Sonstige	3.000	13,0%	75	10,1%
Summe	23.093		739	

Auch bei den Freien Wählern (FW) und bei den sonstigen Gruppen und Parteien kommt es zu leichten Verschiebungen, die allerdings zu einem gewissen Anteil durch Codierfehler verursacht sein könnten, da es auf kommunaler Ebene auch viele Wählergruppen gibt, die unter dem Namen Freie Wähler laufen, ohne mit der gleichnamigen Bundespartei assoziiert zu sein.

Abbildung 1: Rücklaufquoten nach Ländern.



Schließlich gilt es die Verteilung über die verschiedenen Bundesländer zu betrachten. Wie die Rücklaufquoten in Abbildung 1 zeigen, kommt es bei diesem Merkmal zu den stärksten Verschiebungen. Der höchste Rücklauf (35,2%) wurde in den niedersächsischen Kreistagen und kreisfreien Städten erzielt. Der niedrigste Rücklauf (17,2%) wurde in Thüringen erreicht. Die meisten Bundesländer bewegen sich allerdings zwischen 20 und 25%.

Tabelle 2 zeigt einen Überblick über weitere soziodemographische Angaben der Befragten, die wir nicht mit der Grundgesamtheit vergleichen können, da dazu keine Daten vorliegen. Sie können uns aber aufgrund der relativ repräsentativen Verteilung anderer Merkmale Aufschluss darüber geben, wie die Verteilung in der Grundgesamtheit aussehen könnte.

Die Kommunalpolitiker in unserer Stichprobe sind größtenteils zwischen 51 und 70 Jahre alt. Knapp die Hälfte wurde erst in diesem Jahrzehnt ins Amt gewählt. Etwa 55% haben an einer Hochschule studiert oder promoviert und über 60% sind römisch-katholisch oder evangelisch. Kommunalpolitiker in unserer Stichprobe sind damit im Schnitt deutlich älter, gebildeter und religiöser als die Bevölkerung in Deutschland. Ähnliches lässt sich für die Grundgesamtheit der Kommunalpolitiker vermuten.

Tabelle 2: Weitere soziodemographische Items.

Merkmal	Ausprägung		
Alter	Bis 30	25	4,4%
	31-40	64	11,1%
	41-50	87	15,1%
	51-60	170	29,6%
	61-70	165	28,7%
	Über 70	64	11,1%
	Summe	575	
Erstmals gewählt	Vor 2000	83	11,5%
	2000-2009	95	13,2%
	...	207	28,7%
	Seit 2020	337	46,7%
	Summe	722	
Bildung	Hauptschulabschluss o.ä.	24	3,4%
	Mittlere Reife o.ä.	122	17,3%
	(Fach-)Abitur	170	24,1%
	Hochschulabschluss	332	47,0%
	Promotion	59	8,4%
	Summe	707	
Religion	Katholisch	234	33,1%
	Evangelisch	205	29,0%
	Sonstige	16	2,3%
	Keine	253	35,7%
	Summe	708	

### Deskriptive Ergebnisse

Der inhaltliche Kern der Umfrage waren 16 Aussagen darüber, was eine Demokratie ausmacht und wie in einer Demokratie Entscheidungen getroffen werden sollten, wobei die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer siebenstufigen Skala ausdrücken sollten.

Abbildung 2: Durchschnittliche Zustimmung zu den 16 Demokratiekonzeptionen-Items.

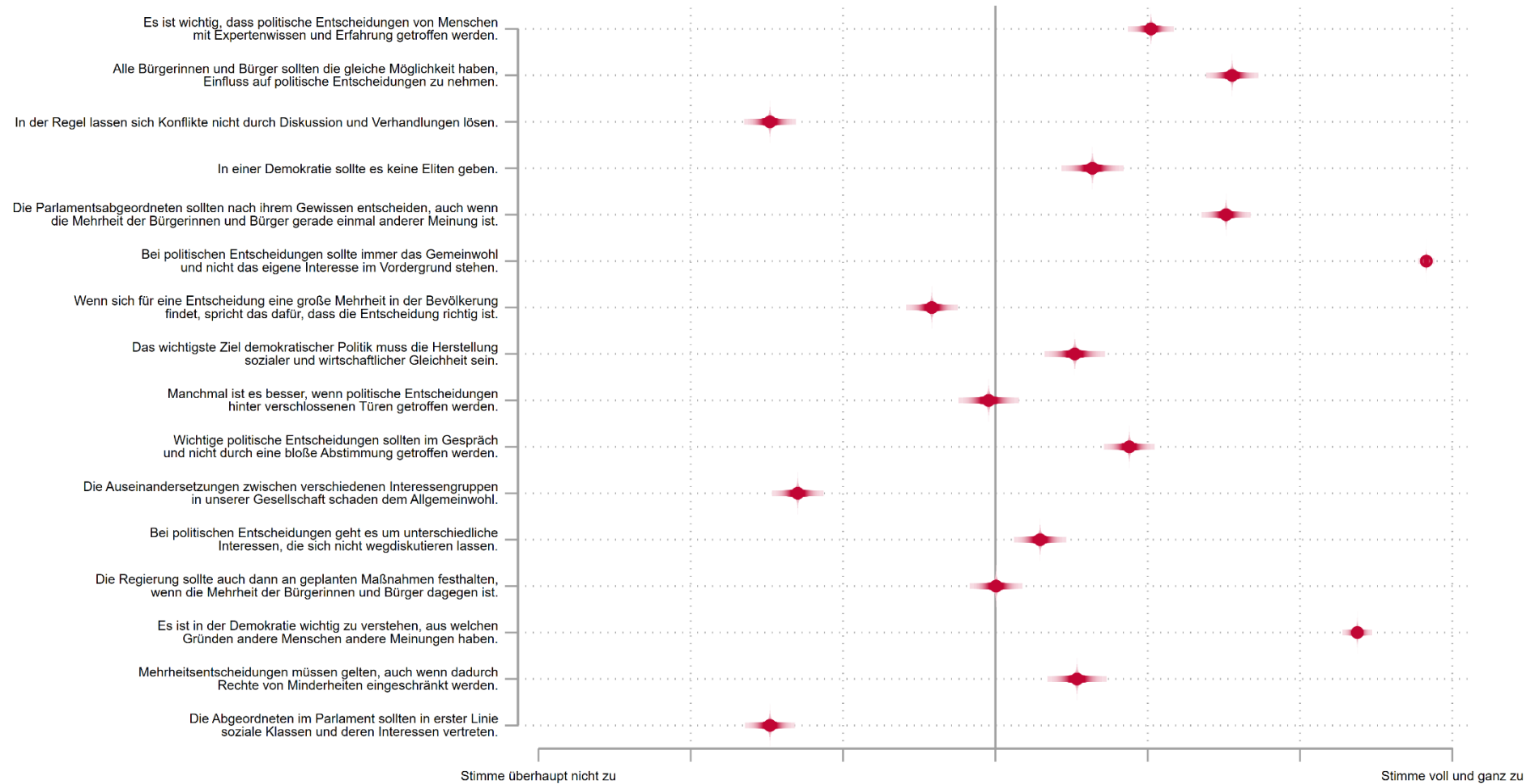
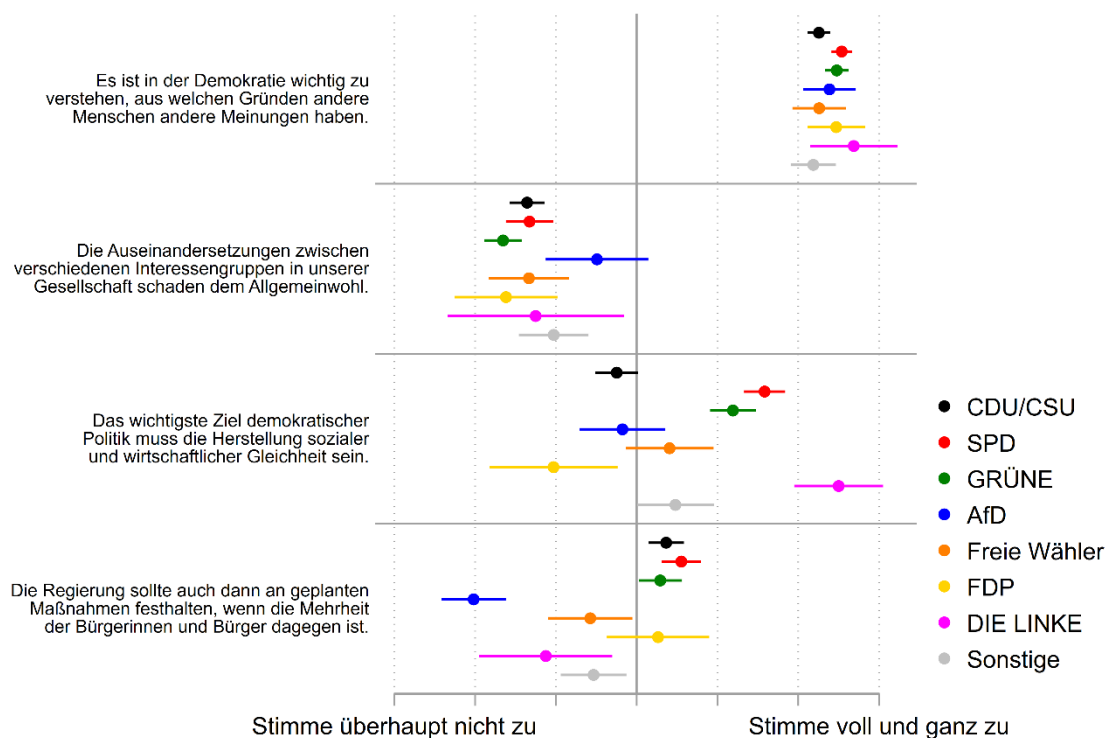


Abbildung 2 bildet die durchschnittliche Zustimmung der Befragten zu allen 16 Aussagen ab. Erkennbar werden die Items sehr unterschiedlich bewertet. Vor allem das Prinzip des Gemeinwohls als auch das Verständnis für andere Meinungen sind universell beliebt. Auf wenig Zustimmung stoßen hingegen die Aussagen, dass Diskussionen keine Konflikte lösen können, dass Interessengruppen dem Gemeinwohl schaden oder dass Politiker in erster Linie soziale Klassen vertreten. Auch die Behauptung, dass eine Mehrheit in der Bevölkerung für die Richtigkeit einer Entscheidung spricht, trifft eher auf Ablehnung als auf Zustimmung.

Schaut man sich die Zustimmung zu den Items genauer nach Parteien an, zeigen sich unterschiedliche Zustimmungsmuster. Abbildung 3 zeigt dies anhand von vier Items, die beispielhaft für diese Muster stehen. Wie sich bereits in der aggregierten Darstellung vermuten ließ, gibt es Aussagen, die universell bei Politikern aller Parteien auf hohe Zustimmung stoßen – z.B., dass es wichtig ist, die Gründe hinter anderen Meinungen zu verstehen – sowie Aussagen, die universell auf Ablehnung stoßen – z.B., dass Interessengruppen dem Gemeinwohl schaden.

Abbildung 3: Durchschnittliche Zustimmung zu vier Beispielitems nach Parteien.

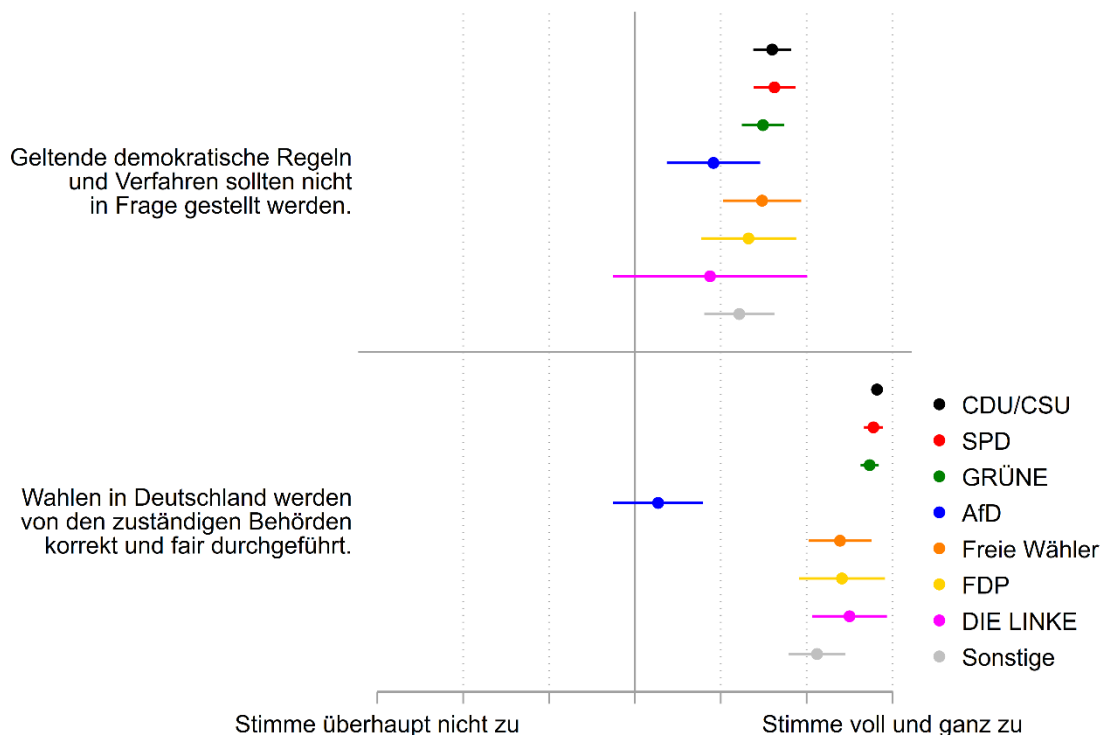


Es gibt aber auch Aussagen, bei denen parteipolitische Konfliktlinien erkennbar sind. Zum einen sind dies klassische Rechts-Links-Konflikte, die sich beispielhaft an der Aussage, demokratische Politik müsse in erster Linie zu sozialer Gleichheit führen, zeigen. Hier stimmen Politiker der Parteien rechts der Mitte eher weniger zu, während die Zustimmung unter Parteien

des linken Spektrums höher ausfällt. Zum anderen gibt es aber auch Konfliktlinien, bei denen sich die älteren Parteien der Mitte von den jüngeren Parteien an den politischen Rändern unterscheiden. So trifft beispielsweise die Aussage, die Regierung sollte auch bei Ablehnung der Bevölkerung an geplanten Maßnahmen festhalten, unter Vertretern der älteren Parteien durchschnittlich eher auf Zustimmung, während sie von Vertretern der jüngeren Parteien deutlich abgelehnt wird.

Neben diesen Aussagen bezüglich der Vorstellungen von Demokratie wurden die Kommunalpolitiker auch zu ihren Bewertungen und Erfahrungen mit der Umsetzung der Demokratie in Deutschland befragt. Abbildung 4 zeigt die Zustimmung zu einigen dieser Items nach Parteien. Über alle Parteien hinweg herrscht eine hohe Zustimmung zu der Aussage, dass geltende Regeln und Verfahren nicht in Frage gestellt werden sollten. Deutliche Unterschiede zeigen sich hingegen bei der Frage nach der Integrität deutscher Wahlen.

Abbildung 4: Durchschnittliche Zustimmung zu Aussagen zur Demokratie in Deutschland nach Parteien.



Des Weiteren wurden die Kommunalpolitiker befragt, wie sehr sie darauf vertrauen können, dass Politiker anderer Parteien das Richtige für das Land tun. Auf einer Skala von 1 bis 7 wurde unter allen Befragten ein Mittelwert von 3,89 gemessen, was ziemlich genau dem Mittelwert, der bei Bundestags- und Landtagsabgeordneten gemessen wurden, entspricht. Es gibt allerdings

große Unterschiede zwischen den Parteien. Überdurchschnittlich ist das Vertrauen in andere bei den Kommunalpolitikern der Volksparteien Union und SPD, die jeweils einen Schnitt von über 4,1 erreichen. Ein besonders niedriges Vertrauen zeigen nur die Kommunalpolitiker der AfD, die einen Mittelwert von 2,6 erreichen.

Außerdem wurden die Befragten um ihre Einschätzung gebeten, ob die eigene Meinung, die Meinung der Wählerinnen und Wähler oder die Meinung ihrer jeweiligen Partei für das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten entscheidend sein sollte, falls diese Standpunkte im Konflikt miteinander stehen. 668 Befragte beantworteten alle drei Gegenüberstellungen so, dass sich eine Rangfolge der drei Meinungen bilden ließ. Tabelle 3 zeigt, wie viele Abgeordnete in jeder Partei den jeweiligen Standpunkt am wichtigsten bewertete.

Tabelle 3: Repräsentationsstil nach Parteien.

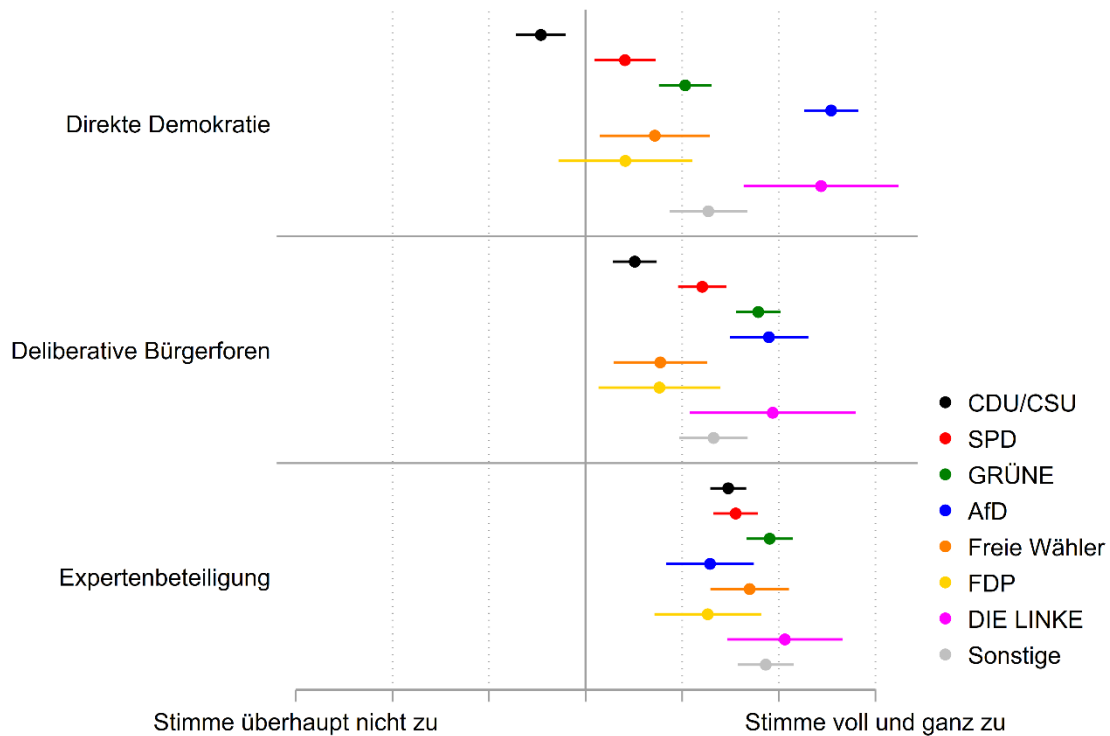
	Selbst	Partei	Wähler	N
Union	66,8%	19,4%	13,8%	196
SPD	68,3%	15,8%	15,8%	120
Grüne	72,1%	16,4%	11,5%	122
AfD	38,6%	3,5%	57,9%	57
FW	67,9%	0,0%	32,1%	53
FDP	78,8%	6,1%	15,2%	33
Linke	53,3%	20,0%	26,7%	15
Sonstige	76,4%	4,2%	19,4%	72
Gesamt	67,1%	13,0%	19,9%	668

Insgesamt hat die eigene Meinung die mit Abstand höchste Priorität für die Befragten. Dies tritt so auch bei fast allen Parteien einzeln betrachtet auf. Nur bei Politikern der AfD sieht eine Mehrheit die Meinung der Wählerinnen und Wähler als wichtiger als die eigene Meinung an. Auch bei den Politikern der Linken ist der Anteil, der die eigene Meinung priorisiert, eher niedriger, aber immer noch die Mehrheit.

Die Kommunalpolitiker wurden auch nach ihren Präferenzen bezüglich verschiedener prozeduraler Alternativen zu rein parlamentarischen Entscheidungen befragt. Dies umfasste die Stärkung der direkten Demokratie durch Referenden, die Einführung deliberativer Bürgerforen sowie die Einbeziehung von Expertinnen und Experten in politische Entscheidungen. In Abbildung 5 sind die Präferenzen der Abgeordneten getrennt nach Parteien dargestellt.

Direkte Demokratie wird vorrangig von den Politikern der jüngeren Parteien unterstützt, wobei festzuhalten ist, dass diese in fast allen Parteien im Schnitt befürwortet wird. Deliberative Bürgerforen sowie die Beteiligung von Expertinnen und Experten werden tendenziell von Kommunalpolitikern aller Parteien unterstützt.

Abbildung 5: Durchschnittliche Unterstützung für demokratische Reformen nach Partei.

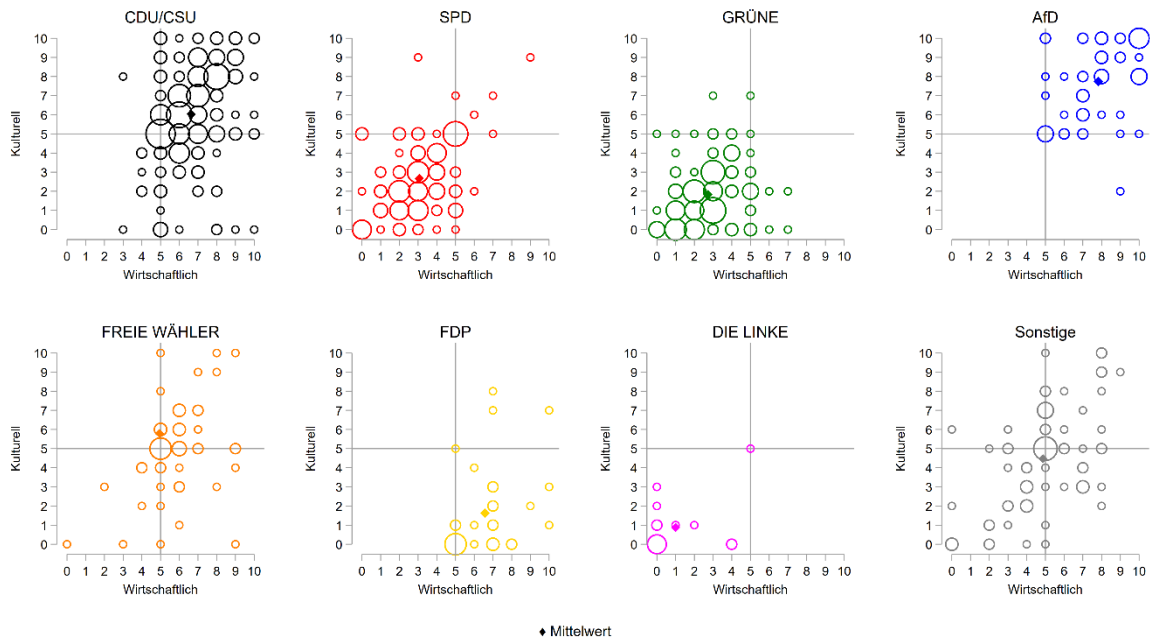


Schließlich wurden die Kommunalpolitiker gebeten, ihre eigenen Haltungen im zweidimensionalen Politikraum, das heißt auf einer wirtschaftspolitischen und einer kulturellen bzw. gesellschaftspolitischen 11-Stufen-Skala einzuordnen. Für die wirtschaftspolitische Links-Rechts-Skala wurde eine aktive, umverteilende Rolle der Politik (links) einer Politik, die möglichst wenig in die Wirtschaft eingreift (rechts), gegenübergestellt. Für die gesellschaftspolitische Skala hatten Befragte anhand der Beispiele Abtreibung und gleichgeschlechtliche Ehe die Wahl zwischen einer Politik der persönlichen Freiheiten (liberal) und einer Politik der Ordnung und der traditionellen Werte (konservativ).

Die Verteilungen entsprechen weitgehend den in der Politikwissenschaft üblichen Einordnungen der Parteien. Die Kommunalpolitiker scheinen also in ihren Meinungen zum Großteil den jeweiligen Parteilinien zu folgen. Vor allem die Kommunalpolitiker der SPD, der Grünen, der AfD, der FDP und der Linken lassen sich mehrheitlich sehr klar in dem für ihre Parteien zu erwartenden Quadranten wieder. Auch bei der Union ist tendenziell eine Zuordnung zum rechtskonservativen Quadranten sowie eine Streuung in den rechtsliberalen Quadranten zu erkennen, was zur herkömmlichen Einordnung der Unionsparteien im politischen Spektrum passt. Bei den Freien Wählern ist die Streuung größer als erwartet, was erneut dafür spricht, dass in dieser Befragung nicht nur Politiker, die sich stark mit der Bundespartei identifizieren,

sondern auch unabhängige Politiker und Wählergruppen in diese Kategorie gefallen sein könnten. Über alle Parteien hinweg ist erkennbar, dass auch auf der kommunalen Ebene der links-konservative Quadrant beinahe vollkommen verwaist ist.

Abbildung 6: Politische Selbsteinordnung der Befragten nach Partei.



Insgesamt zeigen sich ähnliche Ergebnisse bei den Kommunalpolitikern wie bei den Landtags- und Bundestagsabgeordneten. Demnächst werden wir in ausführlicheren wissenschaftlichen Analysen untersuchen, wie signifikant und aussagekräftig diese Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den verschiedenen politischen Ebenen sowie zwischen den verschiedenen Parteien ausfallen. Falls Sie sich für solche zukünftigen oder vergangenen Publikationen aus unserem Projekt interessieren oder den Ergebnisbericht zur vorangegangenen Befragung von Landtags- und Bundestagsabgeordneten lesen möchten, besuchen Sie gerne unsere Projekt-Website: <https://theorie.politik.uni-mainz.de/forschung/conceptions-of-democracy/>